

Von der Naturbeherrschung zum Ökozid? Aktuelle Fragen einer Umweltzeitgeschichte Ost- und Ostmitteleuropas

Julia Obertreis

Wie mehrere aktuelle Konferenzen zeigen, ist das Forschungsfeld der Umweltzeitgeschichte Ost(mittel)europas derzeit stark in Bewegung.¹ Dabei werden zum einen Debatten geführt, die sich auf die Entwicklung der einzelnen sozialistischen Gesellschaften, die jeweilige Regimepolitik und die Periodisierung der Zeitgeschichte beziehen. Zum anderen werden Vergleiche zu den westlichen Staaten angestellt. Darüber hinaus steht der Platz Ost(mittel)europas in einer globalen Umweltgeschichte zur Debatte. Die Einordnung in globale Kontexte und eine stärker vergleichende Perspektive versprechen unter anderem eine Relativierung (wenn vielleicht auch nicht Aufhellung) des bislang vorwiegend düsteren Bildes, das von der Sowjetunion und den Ostblockstaaten in Bezug auf deren Umweltprobleme und -politik gezeichnet wurde.

Umweltgeschichtliche Synthesen zu den einzelnen sozialistischen Staaten nach 1945 oder gar zum Ostblock insgesamt existieren bisher nicht. In historiographischen Überblicksdarstellungen zu den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas finden sich zwar relevante Aspekte (wie etwa die Agrarpolitik), aber kaum dezidiert umweltgeschichtliche Perspektiven. Weitgehend getrennt voneinander laufen bislang die Umweltgeschichtsforschung zu westlichen Industriestaaten einerseits und den sozialistischen Staaten Europas andererseits. Im Folgenden möchte ich daher den Versuch unternehmen, einige Schneisen für den Vergleich der östlichen Länder untereinander, aber auch für den Ost-West-Vergleich zu schlagen.

Das in Teilen der Forschung und in der öffentlichen Wahrnehmung des Westens dominierende *master narrative* lautete bisher: Die Regierungen der sozialistischen Staaten waren auf Industrialisierung fixiert und hatten für Naturschutz nichts übrig; vielmehr betrieben sie, ungehemmt durch Bevölkerungsproteste oder privatwirtschaftliche Interessen, Raubbau an natürlichen Ressourcen.² Die massiven ökologischen Probleme wurden von den Regimen

¹ Siehe etwa den Tagungsbericht von Andreas Helmedach, 26.4.2011: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3625>>, oder auch einen einschlägigen Call for Papers, 14.3.2011: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=15961>>. Zudem gab es am 16./17.9.2011 an der Ohio State University (USA) eine Konferenz zum Thema „Eurasian Environments. Nature and Ecology in Eurasian History“, mit Beiträgen zur russisch-imperialen und sowjetischen Geschichte.

verschwiegen und intensivierten sich. Nach Gorbatschows Machtantritt und seiner *glasnost*-Politik konnten sie dann plötzlich transparent gemacht werden, und endlich entstand eine Umweltbewegung auch im Ostblock. Aus Sicht mancher westlicher Autoren der frühen 1990er-Jahre ist die Sowjetunion nicht zuletzt an ihren Umweltproblemen zugrunde gegangen; in einer viel rezipierten amerikanischen Studie war gar vom „Ökozid“ (*ecocide*) die Rede.³

Inzwischen sind Stimmen zu vernehmen, die dieses Narrativ teilweise korrigieren. Man versucht unter anderem, das Ausmaß der Umweltschäden in den einzelnen Ländern differenzierter und nüchterner zu bestimmen.⁴ Übergreifend stellt sich die Frage, welches Verhältnis zur Natur die kommunistischen Machthaber und die Eliten hatten. Dieses Thema hat Klaus Gestwa in einem 2010 erschienenen Buch aufgegriffen, in dem er die Flusskraftwerke im europäischen Russland und in Sibirien untersucht. Seine gehaltvolle Studie stellt die Affinität zwischen Technikwahn, Fortschrittsoptimismus und Machtpolitik der Bolschewiki heraus.⁵ Die Naturbeherrschungs- und Natureroberungsrhetorik legitimierte und begleitete zahlreiche Großprojekte und Entscheidungen im sowjetischen Staat. Während der Industrialisierung der 1930er-Jahre und in allen folgenden Jahrzehnten schien die Umgestaltung und Erschließung großer Regionen des Landes wünschenswert und machbar zu sein – etwa durch gewaltige Aufforstungs-, aber auch Abholzprogramme oder durch die Umwandlung von Steppe in Felder. Dies geschah im Rahmen zentralisierter ökonomischer Planung.

In künftiger Forschung sollte es darum gehen, die Konjunkturen, Begrifflichkeiten und Propagandisten der Natureroberungspolitik weiter herauszuarbeiten. Anders als in der älteren Literatur häufig angenommen, war die Phase des Stalinismus nicht generell der Höhe- bzw. Tiefpunkt der rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Wie Stephen Brain gezeigt hat, protegierte Stalin etwa die Waldschutzbehörden, deren Position während seiner Herrschaft immer stärker wurde; gleich nach Stalins Tod wurde ihr Einfluss

² Als eine erste negative Bestandsaufnahme im Westen: Marshall Irwin Goldman, *The Spoils of Progress. Environmental Pollution in the Soviet Union*, Cambridge 1972.

³ Murray Feshbach/Alfred JR. Friendly, *Ecocide in the USSR. Health and Nature under Siege*, New York 1992.

⁴ Vgl. u.a. Jonathan D. Oldfield, *Russian Nature. Exploring the Environmental Consequences of Societal Change*, Aldershot 2005, S. 21ff.; Philip Sarre/Petr Jelicka, Environmental Movements in Space-Time. The Czech and Slovak Republics from Stalinism to Post-Socialism, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 32 (2007), S. 346-362.

⁵ Klaus Gestwa, *Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus. Sowjetische Technik- und Umweltgeschichte, 1948–1967*, München 2010. Siehe auch mehrere relevante Aufsätze von Gestwa, darunter besonders: ders., Ökologischer Notstand und sozialer Protest. Der umwelthistorische Blick auf die Reformunfähigkeit und den Zerfall der Sowjetunion, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 43 (2003), S. 349-384.

hingegen drastisch herabgestuft.⁶ Auch für andere Bereiche und über die Jahre des Stalinismus hinaus wird sich erweisen müssen, ob umweltgeschichtliche Perspektiven die großen Erzählstränge zur sowjetischen Geschichte korrigieren oder ergänzen können.



„Im Namen des Kommunismus“. Plakat von V. Govorkov, Moskau 1951, Offset, 500.000 Exemplare, 69 cm x 98 cm.

Lenin und Stalin gestalten die Sowjetunion mit Hilfe großer Wasserkraftwerke und Kanäle um. Stalin streicht das Wort „Wüste“ in „Karakumwüste“ (Turkmenistan) durch und plant stattdessen den Turkmenischen Hauptkanal, der zu dieser Zeit gebaut werden sollte, dann aber nicht zustande kam. Das Plakat stammt aus einer Zeit der intensivierten Propaganda und Planung für die Transformation von Natur, Klima und Geographie.

(Aus: Klaus Waschik/Nina Barburina, Werben für die Utopie. Russische Plakatkunst des 20. Jahrhunderts, Bietigheim-Bissingen 2003, S. 118; mit freundlicher Genehmigung.)

Es zeichnet sich ab, dass die Phase von 1948 mit der Publikation des „Stalinschen Plans zur Umgestaltung der Natur“ bis Mitte oder Ende der 1960er-Jahre als eine geschlossene Epoche der besonders einseitigen Naturpolitik gesehen werden kann, in der sowohl folgenreiche Großprojekte wie die Neulandererschließung als auch Veränderungen in der Fläche befördert wurden (darunter der im globalen Kontext wirksame Prozess der „Chemisierung“ der

⁶ Stephen Brain, Stalin's Environmentalism, in: *Russian Review* 69 (2010), S. 93-118, bes. S. 97f., S. 117f.

Landwirtschaft).⁷ Wie auch in der allgemeinen Politik- und Gesellschaftsgeschichte werden damit Kontinuitäten deutlich, die die übliche politische Periodisierung der sowjetischen Nachkriegsgeschichte (Stalins Tod 1953, die Amtszeiten Chruschtschows und Breschnews) aufweichen.⁸

Dem oben umrissenen *master narrative* vom Ostblock als Koalition der Umweltsünder-Staaten kann bereits einiges entgegengestellt werden: Schon zeitgenössisch wurde bemerkt, dass es in den sozialistischen Staaten früh eine recht umfassende Umweltgesetzgebung gab.⁹ Dies ist auch vor dem Hintergrund der Ost-West-Rivalität im Kalten Krieg zu sehen. Offenbar hofften die sozialistischen Regime, auf diesem Gebiet gegenüber den westlichen Staaten punkten zu können. Freilich wurden die bestehenden Umweltgesetze allenthalben missachtet. Einer der Gründe hierfür war die Priorität der Wirtschafts(wachstums)pläne. Zur Einhaltung der Gesetze wurde in der Regel nur geringer Druck ausgeübt. Da die kurzfristige Planerfüllung Vorrang hatte, hielten die Verantwortlichen in den Betrieben längerfristig wirkende Investitionen in neue Filter- und Klärtechnologien für ineffektiv. Zudem waren Kontrollkompetenzen auf verschiedene Behörden verteilt.

Immerhin war die Umweltpolitik als Themenfeld etabliert. Auch die auf Umweltfragen bezogenen Diskussionen und Proteste in den sozialistischen Staaten waren ausgeprägter und begannen früher als bisher oft angenommen.¹⁰ Bereits Anfang der 1960er-Jahre bildeten sich nicht-institutionalisierte Koalitionen aus Experten, Naturwissenschaftlern, Schriftstellern und Journalisten, die punktuell Themen aufbringen und dabei auch politische Entscheidungen beeinflussen konnten. Ähnliche Koalitionen kamen spätestens seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre in der Sowjetunion bei Expeditionen zustande; Experten und Journalisten reisten an bestimmte Flüsse oder in bestimmte Regionen, um sich vor Ort ein Bild von ökologischen Schäden zu machen. Sie informierten die Öffentlichkeit über die Missstände und vernetzten Fachleute aus verschiedenen Teilen des Landes. Die Akteure waren keine Dissidenten,

⁷ Gestwa hebt den Zeitraum 1948–1968 hervor: ders., *Die Stalinschen Großbauten* (Anm. 5), bes. S. 563. In meiner noch nicht publizierten Habilitationsschrift mit dem Titel „Imperial Desert Dreams: Cotton Growing and Irrigation in Uzbekistan and Turkmenistan, 1860s–1991“ interpretiere ich die Jahre 1948/50 bis etwa 1969 als Zeit des „high modernism“ sowjetischer Prägung.

⁸ Vgl. etwa in Bezug auf die Rivalität mit dem Westen oder eine entpolitisierte Massenkonsumgesellschaft: Juliane Fürst, Introduction – Late Stalinist Society: History, Policies and People, in: dies. (Hg.), *Late Stalinist Russia. Society between Reconstruction and Reinvention*, London 2006, S. 1–19.

⁹ Als Überblick: Wojciech Radecki/Jerzy Rotko, *Entwicklung des Natur- und Umweltschutzrechts in Mittel- und Osteuropa*, Baden-Baden 1991.

¹⁰ Dabei gab es bereits vor 1991 Arbeiten, die die umweltrelevanten Debatten ausführlich darstellten, darunter die hellsichtige und wegweisende Studie: Joan DeBardeleben, *The Environment and Marxism-Leninism. The Soviet and East German Experience*, Boulder 1985.

sondern kamen aus gesellschaftlich integrierten und sogar privilegierten Gruppen. Mit den westlichen „Ökos“ und Hippies der 1970er- und 1980er-Jahre hatten sie auf den ersten Blick wenig gemein, und sie stellten staatliches Handeln und gesellschaftliche Werte weniger radikal in Frage.

Der Vergleich zum Westen bleibt dennoch eine wichtige Analyseachse. Je länger das Ende der sozialistischen Staaten zurückliegt, desto mehr erscheinen die durch die Industriemoderne hervorgebrachten Umweltprobleme und das Aufkommen der Umweltpolitik als systemübergreifende Entwicklungen. Unter anderem stellt sich die Frage, ob die frühen 1970er-Jahre auch in den sozialistischen Staaten eine „ökologische Wende“ waren, wie es für westliche Staaten und ähnlich in globaler Perspektive konstatiert worden ist.¹¹ In den Ostblockstaaten konnten zunächst keine Bürgerinitiativen entstehen. Umweltrelevante Grundmuster des Konsums und der Energienutzung unterschieden sich von denen in westlichen Industriestaaten deutlich: Im Osten wurde weniger konsumiert, und damit fiel auch weniger Müll an; zudem gab es viel weniger Autoverkehr. Andererseits verursachte der weitgehend ungezähmte Abbau von Rohstoffen erhebliche ökologische Schäden. Die Konzentration auf Braunkohle als Energiequelle hatte in der DDR, der Tschechoslowakei und Polen massive Folgen für die Luftqualität. Darüber hinaus bedingten marode Infrastrukturen und die niedrigen Preise, die (Landwirtschafts-)Betriebe für Energie und Wasser zahlen mussten, eine Verschwendung natürlicher Ressourcen.

Die wachsenden Umweltprobleme wurden auch in den staatssozialistischen Gesellschaften seit den 1970er-Jahren verstärkt diskutiert. Während sich der Blick der Forschung bislang vor allem auf einzelne Gruppen oder Institutionen gerichtet hat, kann das Aufkommen von Umweltkritik und ökologischem Gedankengut zugleich als Diskurs in Fachzeitschriften verfolgt werden – selbst für eine so „rückständige“ Region wie Zentralasien.¹² Künftige Studien sollten, nicht nur in Bezug auf die Sowjetunion, Publikationsorgane untersuchen, in denen sich öko-kritische Diskurse konzentrierten. Daneben ist auch nach institutionellen Brennpunkten zu fragen. Es deutet einiges darauf hin, dass die Akademien der Wissenschaften (sowie dort wiederum spezielle Abteilungen und Institute) in besonderem Maße ökologische Perspektiven entwickelten und umweltrelevante Daten veröffentlichten.

¹¹ Siehe etwa Jens Ivo Engels, *Umweltgeschichte als Zeitgeschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 56 (2006) H. 13, S. 32-38, und mehrere Beiträge in: Franz-Josef Brüggemeier/Jens Ivo Engels (Hg.), *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt a.M. 2005. Die Zäsurbedeutung der frühen 1970er-Jahre ist allerdings auch in Bezug auf den Westen nicht unumstritten; vgl. den Beitrag von Frank Uekötter in diesem Heft. Zur globalen Perspektive: Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München 2011, S. 124-164.

¹² Ohne den Begriff „Diskurs“ zu benutzen, verfolgte diesen Ansatz: DeBardleben, *Environment* (Anm. 10). Für Zentralasien siehe Julia Obertreis, *Der „Angriff auf die Wüste“ in Zentralasien. Zur Umweltgeschichte der Sowjetunion*, in: *Osteuropa* 58 (2008) H. 4-5, S. 37-56, hier S. 50-53.

Neben nationalen Traditionen und etablierten Begriffen spielten Einflüsse aus dem Westen eine Rolle, die im Einzelnen noch klarer herauszuarbeiten sind. Akademischer Austausch mit westlichen Kollegen fand auf internationalen Konferenzen statt sowie im Rahmen von Mitgliedschaften in internationalen Organisationen. Es ist wahrscheinlich, dass der Begriff „Ökologie“ nicht nur in der Sowjetunion maßgeblich durch die Rezeption westlicher Entwicklungen und Publikationen gefiltert war.¹³ Dieses Phänomen ist allerdings nicht spezifisch für die osteuropäischen Länder: Auch im Westen mischten sich moderne, gewissermaßen internationalisierte Umwelt- und Ökologiebegriffe mit jeweils eigenen Traditionen und einer älteren Naturschutzbewegung.



Im September 1979 pflanzten Schweriner Jugendliche rund 5.000 Bäume und Sträucher entlang einer Straßenbahnlinie. Ähnliche Aktivitäten gab es daraufhin auch in anderen Städten. (Robert-Havemann-Gesellschaft)

Die offiziellen Naturschutzgesellschaften in den ost(mittel)europäischen Staaten sollten nicht einfach als Sprachrohre der Regimepolitik und gesteuerte Massenorganisationen abgetan werden, obwohl sie dies auch waren.¹⁴ Zunehmend wurden sie zu kritischeren Instanzen, die die offizielle und inoffizielle Sphäre verbanden. Während in der Sowjetunion der Öko-Diskurs offenbar weit-

¹³ Vgl. DeBardeleben, *Environment* (Anm. 10), S. 124f.

¹⁴ Es handelt sich um die „Gesellschaft für Naturschutz“ in der Sowjetunion (*Obščestvo Ochrany Prirody*; sie existierte auch in den Unionsrepubliken) oder die „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ (GNU) in der DDR, um nur zwei zu nennen.

gehend auf Fachpublikationen beschränkt war, wurden in Polen und der Tschechoslowakei ökologische Fragen im Kontext der Oppositionsbewegungen aufgenommen. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei die Veröffentlichung umweltrelevanter Daten und Informationen. Die Geheimniskrämerei der Regime wurde durch halboffizielle oder den Umweg über den Westen nehmende Publikationen durchbrochen. In der DDR begannen Umweltaktivitäten in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre unter dem Dach der evangelischen Kirche – wiederum eine spezifische Situation, die sich deutlich von derjenigen in anderen Ländern unterscheidet. Hier waren namenlose Bürger beteiligt, unter anderem mit Fahrradfahr- und Baumpflanzaktionen.¹⁵ Letzteres war eine beliebte, weil schlecht angreifbare Form des Protests: Da Umweltschutz ein offizielles Ziel staatlicher Politik war, konnte das Bäumepflanzen als solches nicht kriminalisiert werden.¹⁶

Kehren wir zum Ost-West-Vergleich zurück, so ist festzuhalten, dass die Formen von Umweltaktivismus deutlich verschieden waren. Zudem ließen sich im Osten weniger Erfolge verzeichnen. Dennoch sind die Parallelen ebenso unübersehbar, und sie rechtfertigen es, übergreifend von einer „ökologischen Wende“ zu sprechen (die noch genauer datiert werden muss): Dazu gehörte zunächst die Erkenntnis, dass Umweltprobleme als Phänomene einer Industriezivilisation über Systemgrenzen hinweg bestanden. Zudem zog die aufkommende Umweltkritik die Annahme des stetigen industriellen Wachstums und die bisherige Art der Nutzung natürlicher Ressourcen in Zweifel.

Damit kommen wir zu der Frage, inwieweit Umweltaktivitäten (um vorsichtig nicht von einer Umweltbewegung zu sprechen) und Öko-Kritik zum Zusammenbruch der sozialistischen Staaten beitrugen. Nach einer ersten Formierungsphase in Ostmitteleuropa um 1980 entstanden in der Sowjetunion vor allem seit dem Amtsantritt Gorbatschows 1985 neue Umweltgruppen. Die politischen Änderungen in der Sowjetunion hatten auch Auswirkungen auf die „Bruderstaaten“ und beflügelten dort die Aktivisten. Von einer „grünen Revolution“ im Osten kann indes kaum die Rede sein. Der Einfluss der Umweltgruppen war eher mittel- als unmittelbar. Sie zielten (wie viele andere nicht-staatliche Bewegungen) nicht auf einen Systemwechsel ab und waren wohl insgesamt sogar unpolitischer als etwa Menschenrechts- oder Friedensgruppen. Aber sie fungierten als Sammelbecken. Verschiedene Ziele amalgamierten hier – darunter, ganz prominent, Denkmal- und Kulturgutschutz und nationalistische Tendenzen. Umweltgruppen dienten als Katalysatoren für die Entstehung einer nicht-staatlich strukturierten politischen Landschaft.

¹⁵ Als guten Überblick zur DDR siehe Hans-Peter Gensichen, Umweltverantwortung in einer betonierten Gesellschaft. Anmerkungen zur kirchlichen Umweltschutzarbeit in der DDR 1970 bis 1990, in: Brüggemeier/Engels, *Natur- und Umweltschutz nach 1945* (Anm. 11), S. 287-304.

¹⁶ Siehe Radkau, *Ära der Ökologie* (Anm. 11), S. 315, der in diesem Punkt Kenia mit der DDR vergleicht.

Die Bedeutung der Atomkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 ist ebenfalls differenziert zu betrachten. Einerseits hat das Informationsdesaster um den Super-GAU zur späteren Ausweitung der *glasnost*-Politik beigetragen. Andererseits hat Tschernobyl zwar weltweit die Anti-Kernkraft-Bewegung (re)aktiviert, aber in der Sowjetunion hatte es diese weder zuvor gegeben, noch konnte sie sich in der Folge dauerhaft etablieren. Die Atomkraft war im sowjetischen Kontext derart fest als Ausweis des Fortschritts konnotiert, dass dieser Zauber auch über Tschernobyl hinaus für viele anhielt. Der Auftrieb von Umweltgruppen und -themen um 1990 ist vielmehr im Kontext eines globalen Booms zu sehen, der im UN-Weltgipfel von Rio de Janeiro 1992 seinen Höhe- und wohl auch Endpunkt fand. Das Ende des Kalten Kriegs öffnete Handlungsspielräume und ermöglichte neue Dimensionen internationaler Umweltpolitik.¹⁷

Auch die beiden Jahrzehnte vom Systemumbruch ab 1991 bis zur Gegenwart harren der umweltgeschichtlichen Erforschung, selbst wenn erste Studien zur Transformation der Umweltbewegungen bereits vorliegen.¹⁸ Wie es scheint, blühten die Umweltaktivitäten in den ost(mittel)europäischen Ländern nicht weiter, sondern verloren ab 1991 wieder an Schwung; mit der Systemtransformation rückten ökonomische Probleme noch mehr in den Vordergrund. Als übergreifender Trend ist zu konstatieren, dass internationale Organisationen wie Greenpeace und der WWF sich in Ost(mittel)europa etablieren konnten und damit eine Professionalisierung einherging. Dagegen blieben autochthone Umweltgruppen – jedenfalls in Russland – schlecht vernetzt, dürftig ausgestattet und politisch schwach.

Die künftige umweltgeschichtliche Forschung wird die hier formulierten Hypothesen näher prüfen. Sie wird herausarbeiten, welche systemübergreifenden und systemimmanenten Reaktionen auf die Herausforderungen der Industriemoderne erfolgten. Für eine Beziehungsgeschichte und den Vergleich zwischen Ost und West, aber auch zwischen Nord und Süd ist die Umweltgeschichte prädestiniert. Bei der Übertragung westlicher Begriffe und Konzepte ist indes Vorsicht geboten. Es bleibt eine spannende Aufgabe, das Mensch-Natur-Verhältnis im Rahmen der jeweiligen kulturellen, nationalen und staatlichen Besonderheiten zu untersuchen sowie es zugleich in internationale und transnationale Kontexte einzuordnen.

Dr. Julia Obertreis, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Historisches Seminar, Rempartstr. 15 – KG IV, D-79085 Freiburg, E-Mail: julia.obertreis@geschichte.uni-freiburg.de

¹⁷ Frank Uekötter, *The End of the Cold War. A Turning Point in Environmental History?*, in: John R. McNeill/Corinna Unger (Hg.), *Environmental Histories of the Cold War*, New York 2010, S. 343-351.

¹⁸ Darunter: Krista Harper, *From Green Dissidents to Green Skeptics. Environmental Activists and Post-Socialist Political Ecology in Hungary*, Santa Cruz 1999; Matthew Tejada, *A History of Bulgaria's Environmental Movement. Green Dissidents, Democratic Ecologists and an Environmental Civil Society*, Saarbrücken 2010.